



«Es war sicher notwendig,
diese Reformen anzugehen»

Radikalkur der PVS, Revision von KVG, AHV und der 2. Säule sowie die Sanierung des Staatshaushaltes: Die Regierung habe in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet, lobt Erbprinz Alois. Ganz zufrieden ist er mit dem Status quo allerdings nicht. Im Interview mit der «lie:zeit» skizziert er die Herausforderungen der kommenden Jahre. Interview: Michael Benvenuti · Fotos: Oliver Hartmann

Durchlaucht, die Legislaturperiode der Regierung Hasler neigt sich dem Ende zu. Wie fällt Ihre Bilanz der vergangenen dreieinhalb Jahre aus?

S. D. Erbprinz Alois: Der Regierungsantritt erfolgte vor dreieinhalb Jahren in einer sehr schwierigen Situation, in einer Zeit grosser Herausforderungen. In meinen Augen hat die Regierung sehr gute Arbeit geleistet. Sie hat die wichtigen Themen, die in der Koalition vereinbart waren, angepackt und grosse Schritte vorwärts gemacht. Natürlich hätte ich mir gewünscht, gewisse Themen noch umfassender zu behandeln oder Reformen noch klarer umzusetzen. Aber in der Tagespolitik gilt es, realistisch zu sein: Oft ist es besser, eine Reform wird aufgrund von Kompromissen nur teilweise umgesetzt, als sie scheitert komplett. Aber diese Kompromisse bedeuten auch, dass in ein paar Jahren nochmals gewisse Themen nachverhandelt werden müssen. So werden im Bereich der **Altersvorsorge** oder der Krankenversicherung in Zukunft noch weitere Schritte notwendig sein.

Die Regierung hat die Sanierung des Staatshaushaltes für beendet erklärt, gewisse Stimmen fordern aufgrund

einen vorsichtigen Umgang mit den Staatsfinanzen.

Radikalkur der maroden PVS, Revision von KVG, AHV und der 2. Säule sowie die Sanierung des Staatshaushaltes: Wurden der Bevölkerung zu viele Reformen in zu kurzer Zeit zugemutet?

Es war sicher notwendig, diese Reformen anzugehen. Politisch wäre es vielleicht einfacher gewesen, gewisse Reformvorhaben in die nächste Legislaturperiode zu schieben, was aber letztlich nur zu noch grösseren Belastungen geführt hätte. Die Gefahr wäre gewesen, dass wir irgendwann vor einem kaum noch zu bewältigenden Reformberg gestanden wären.

Auch wenn die Regierung betont, die Reformen im Sinne der Opfersymmetrie durchgeführt zu haben, sehen sich viele Bürger als Verlierer der vergangenen Jahre: Pensionisten, Kranke, der Mittelstand. Können Sie diese Einschätzung nachvollziehen?

Bei so umfangreichen Reformen ist es erfahrungsgemäss so, dass viele unzufrieden sind. Das liegt in der Natur der Sache.

Wie schon Ihr Vater fordern auch Sie seit Jahren eine Ab-

kehr vom Giesskannenprinzip gelungen. Hier ist wohl auch das grösste Potenzial vorhanden. Generell ist aber eine Abkehr vom Giesskannenprinzip schwierig zu erreichen, weil es

Einerseits hätten FBP und VU noch immer die grösste inhaltliche Übereinstimmung, andererseits seien die Unabhängigen, was die Parteistrukturen betrifft, noch zu wenig

«Für die Koalitionsfähigkeit der Unabhängigen ist es natürlich wichtig zu wissen, wer überhaupt in der Regierung sitzen würde.»

S. D. Erbprinz Alois

nie populär ist, einer grösseren Wählerschaft Transferleistungen vom Staat zu kürzen.

Ein ewiger Zankapfel in der Politik ist die Landesverwaltung: Für die einen ist sie nach wie vor ein aufgeblähter Apparat, andere sehen sie hingegen am absoluten Limit. Inwieweit entspricht der jetzige Verwaltungsapparat Ihren Vorstellungen eines schlanken Staates?

Im internationalen Vergleich ist unser Verwaltungsapparat sicher als schlank einzustufen und erbringt dennoch eine gute Leistung. Nichtsdestotrotz erachte ich es als sinnvoll, auch beim Staat wie in einem guten Unternehmen ständig zu hinterfragen, welche Leistungen überhaupt erbracht werden müssen und wie dies am effektivsten und effizientesten möglich ist. In diesem Sinne begrüsse ich sehr die Leistungsanalyse der Landesverwaltung, die die Regierung unlängst mit dem Landtag diskutiert hat.

In knapp zwei Monaten wählt Liechtenstein einen neuen Landtag. Vor drei Jahren sahen Sie die Zeit noch nicht reif für eine alternative Regierungskoalition.

weit entwickelt für eine Regierungsbeteiligung. Hat sich Ihre Meinung geändert?

Wie die politische Landschaft nach den Wahlen aussieht und welche Auswirkungen das Ergebnis auf mögliche Regierungskonstellationen haben wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unklar. Eine neue Meinung zu möglichen Koalitionen zu formulieren, ist auch deshalb sehr schwierig, weil die Unabhängigen keine Regierungskandidaten nominiert haben. Für die Koalitionsfähigkeit der Unabhängigen ist es aber natürlich wichtig zu wissen, wer überhaupt in der Regierung sitzen würde.

Egal, wer Liechtenstein ab dem Frühjahr 2017 regieren wird: Welche Aufgaben gilt es am dringendsten zu erfüllen? Welche Reformen wünschen Sie sich für die kommenden Jahre?

Am dringendsten sollten wir uns dem Thema Altenpflege und -betreuung widmen: Wie finanzieren wir die Pflege? Wie verhindern wir einen Fachkräftemangel? Braucht es alternative Wohnformen? Dann sollten wir uns nicht zuletzt aufgrund

«Die Gefahr wäre gewesen, dass wir irgendwann vor einem kaum noch zu bewältigenden Reformberg gestanden wären.»

S. D. Erbprinz Alois

des nach wie vor vorhandenen strukturellen Defizits allerdings weitere Sparmassnahmen. Welchen Weg empfehlen Sie?

Laut der Finanzplanung sind keine zusätzlichen Sparmassnahmen notwendig, um die Kriterien nach dem Finanzhaushaltsgesetz einzuhalten. Das Umfeld bleibt jedoch schwierig. Daher empfehle ich weiterhin

kehr vom Giesskannenprinzip. Es sollten nur jene vom Staat unterstützt werden, die es tatsächlich benötigen. Wie viele Massnahmen gab es in den vergangenen Jahren, die diesem Motto folgten? Und wo sehen Sie die grössten Möglichkeiten, diesen Vorschlag umzusetzen? Bei den Reformen der **AHV** und des Krankenversicherungsgesetzes ist zu einem gewissen Mass



eines Postulats mit der Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden beschäftigen und klären, inwieweit beim Finanzausgleich Verbesserungen möglich sind. Schliesslich soll-

gescheitert ist: Soll dieses Thema überhaupt noch weiterverfolgt werden?

Wenn das Erzbistum bzw. Gampin und Balzers nicht bald eine Lösung finden, stellt sich aus

finanzierungshilfen für die Pfarreien könnten den Gemeinden und der katholischen Kirche überlassen werden.

Sie schlagen also vor, dass sich die katholische Kirche im Notfall über Spenden finanzieren müsste?

Die katholische Kirche finanziert sich auch in anderen Staaten nur über Spenden, etwa in den USA, in Polen oder in Frankreich.

Und wenn wegen Geldmangels einige Kirchen in Liechtenstein die Pforten schliessen müssten?

Wenn die liechtensteinische Bevölkerung tatsächlich so wenig Interesse an der katholischen Kirche haben sollte, dann sollte sie auch zur Kenntnis nehmen, dass Kirchen geschlossen oder umgewidmet werden müssen.

Dies wäre bedauerlich, ist aber in anderen Staaten schon vielfach geschehen.

Ein weiteres heikles Thema ist die Öffnung der Grenzen: Die Wirtschaft wünscht aufgrund des Fachkräftemangels eine Lockerung der Zuwanderung. Könnte eine solche Aufweichung die Personenfreizügigkeits-Sonderlösung mit der EU gefährden?

Angesichts der schwierigen Diskussion innerhalb der EU ist es meiner Ansicht nach momentan kein günstiger Zeitpunkt, dieses Thema aktiv aufzugreifen. Mein Eindruck ist ausserdem, dass Liechtenstein mit der bisherigen Regelung – auch aufseiten der Wirtschaft – insgesamt gut gefahren ist und in der Bevölkerung eine grössere Änderung nicht mehrheitsfähig wäre.

«Die katholische Kirche finanziert sich auch in anderen Staaten nur über Spenden, etwa in den USA, in Polen oder in Frankreich.»

S. D. Erbprinz Alois

ten wir im Bereich der Bildung zusätzliche Verbesserungen erzielen.

Nachdem nun auch die dritte Regierung in Folge an der Entflechtung von Staat und Kirche

meiner Sicht die Frage, ob die Finanzierung nicht anders geregelt werden sollte: zum Beispiel auf einem spendenbasierten Modell auf Landesebene. Die Klärung der vermögensrechtlichen Belange und gegebenenfalls Fi-



Erbprinz Alois im Gespräch mit «lie:zeit»-Redakteur Michael Benvenuti.